

ÜBERSETZUNG DER PETITION

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



**Premierminister
Abdallah Hamdok
Khartoum, Sudan**

Februar 2020

Sudan: Diskriminierung gegen Frauen stoppen!

Ihre Exzellenz,

Amnesty International begrüßt die Entscheidung der sudanesischen Regierung die „public order laws“ (Gesetze zur öffentlichen Ordnung) zu widerrufen, welche u.a. das Auftreten von Frauen im öffentlichen Raum regelten. Unter diesen diskriminierenden Gesetzen wurden viele Frauen willkürlich festgenommen, geschlagen oder ihres Rechts auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit beraubt.

Sudan hat nur wenige Gesetze um Frauen und Mädchen zu schützen. Weibliche Genitalverstümmelung und Verheiratung von Kindern und Minderjährigen sind keine Verbrechen in der vorwiegend muslimisch geprägten Nation. Familienstandsgesetze erlauben, dass Mädchen heiraten können sobald sie die Pubertät erreicht haben oder im Alter von 10 Jahren mit einer richterlichen Genehmigung. Laut UN heiratet eine von vier Frauen bevor sie 18 Jahre alt ist, während neun von 10 Frauen der weiblichen Genitalverstümmelung unterzogen wurden.

Diskriminierend gegen Frauen wird auch das Verbrechen des Ehebruchs eingesetzt, welches Auspeitschen und Geldstrafen nach sich zieht.

Die Verbreitung sexueller Gewalt an Frauen und Mädchen durch die Sicherheitskräfte stellt eine weitere Diskriminierung im gesamten Sudan dar.

Vor allem in den Lagern für vertriebene Personen leiden Frauen unter Vergewaltigungen und Übergriffen durch Milizsoldaten während sie Feuerholz sammeln gehen.

Wir fordern die Übergangsregierung des Sudan auf:

-wichtige Übereinkommen in Bezug auf Frauenrechte, einschließlich des Maputo-Protokoll für die Rechte der Frauen, der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und der Afrikanischen Charta der Rechte und des Wohlergehens des Kindes, zu ratifizieren.

-das Strafrecht von 1991 zu ändern, insbesondere die Artikel 77 und 78, die den Konsum und Handel mit Alkohol regeln, und die Artikel 145-158, welche die sogenannte „Moral“ regeln, einschließlich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr, einer Kleiderordnung und anderen Angelegenheiten, die auf das Verhalten von Individuen im privaten Raum abzielen.

-Strafen wie Auspeitschen und andere körperliche Züchtigungen im Rahmen des „Criminal Act“ von 1991 abzuschaffen, welcher das Verbot gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und abwertende Bestrafungen verletzt.

-Gesetze einzuführen, die jegliche Form von Kinder- und Zwangsheirat verbieten und das Mindestalter für eine Heirat von 10 Jahren auf 18 Jahren hochsetzen.

-den Artikel 141 des „Criminal Act“ zu ratifizieren und Bestimmungen in allen Gesetzen des Landes einzuführen, die jegliche Form von weiblicher Genitalverstümmelung verbieten. Die Ausführung weiblicher Genitalverstümmelung muss gesetzlich kriminalisiert und strafbar gemacht werden.

Hochachtungsvoll